



## Der Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-West

Postanschrift: Staatskanzlei NRW · 40190 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Hauptausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn Edgar Moron MdL

40213 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
13. WAHLPERIODE

**VORLAGE**

**13/ 0 197**

A05, A06

Dienstgebäude und Lieferans  
Stadttor 1. 40219 Düsseldorf

Telefon (0211) 837-01  
Durchwahl (0211) 837-1409  
Telefax (0211) 837-1150  
Durchwahl (0211) 837-1111

e-mail: Udo.Bogdawa@stk.nrw.de

Datum 19. Oktober 2000

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)  
IB 1

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Hauptausschusses am 21. September 2000 habe ich auf die Frage nach einem Vergleich der Personalstärke der Staatskanzlei 1990 – 2000 zugesagt, schriftlich zu antworten.

Das will ich heute gern tun. Dabei will ich aber – wie schon in der Sitzung – nachdrücklich darauf hinweisen, dass ein rein zahlenmäßiger Vergleich nicht aussagekräftig sein kann.

Im Jahre 1990 umfasste das Personalsoll der Staatskanzlei insgesamt 416 Planstellen und Stellen. Den relativ konstant gebliebene Bereich der beamteten Hilfskräfte erwähne ich hier und im Folgenden nicht. Bei dieser Ausgangszahl sind bereits der in jenem Jahr erfolgte Übergang des Aufgabengebiets „Gleichstellung von Frau und Mann“ und die Umsetzung von 18 Planstellen und Stellen in das neu errichtete Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann berücksichtigt.

Anlässlich der Neubildung der Landesregierung im Jahre 1995 gingen aus dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten in andere Ressorts über die Aufgabengebiete „Medien, Neue Medien und Medienwirtschaft (soweit nicht Rundfunk)“, „Landeszentrale für politische Bildung“, „Verbindungsbüro des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel“ und „Europapolitik“. In der Folge

wurden insgesamt 67 Planstellen und Stellen in andere Ressorts umgesetzt.

Mit der Neubildung der Landesregierung im Jahre 1998 gingen in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten über die Aufgabengebiete „Post und Telekommunikation, Medien, Neue Medien, Medienwirtschaft, Filmwirtschaft“ und die vom damaligen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten wahrgenommenen Aufgaben, mit denen 78 Planstellen und Stellen umgesetzt wurden.

Weitere 25 Planstellen und Stellen per Saldo erhielt die Staatskanzlei mit der im Jahr 2000 erfolgten Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden, mit der die Aufgabengebiete „Kirchen, jüdische Kultusgemeinden, sonstige Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ und „Raumordnung und Landesplanung“ in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten übergangen und das Aufgabengebiet „Eine-Welt-Politik“ abgegeben wurde.

Neben diesen wesentlichen Veränderungen der zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten gehörenden Aufgaben und den dadurch bedingten Änderungen des Personalsolls hat es in den zurückliegenden zehn Jahren weitere, eher marginale Aufgabenveränderungen gegeben, wie beispielsweise anlässlich der Übernahme der Hausverwaltung des Landeshauses, die zu insgesamt acht Umsetzungen in die Staatskanzlei geführt haben.

Bereits aus dem Vorgenannten wird deutlich, dass die zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten gehörenden Aufgaben in den zurückliegenden zehn Jahren einen erheblichen Wandel erfahren haben:

Während die Aufgabengebiete

- „Landeszentrale für politische Bildung“
- „Eine-Welt-Politik“

aus dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten abgegeben worden sind, sind die Aufgabengebiete

- „Institut Arbeit und Technik“
- „Kulturwissenschaftliches Institut“
- „Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH“
- „Kirchen, jüdische Kultusgemeinden, sonstige Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“
- „Raumordnung und Landesplanung“

hinzugekommen. Des weiteren ist zusätzlich zu dem zurückverlagerten Aufgabengebiet

- „Medien, Neue Medien und Medienwirtschaft“

hinzugekommen die Teilaufgabe

- „Post und Telekommunikation, Filmwirtschaft“.

Alleine diese Änderungen der zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten gehörenden Aufgaben machen deutlich, was ich bereits einleitend geschrieben habe: Ein rein zahlenmäßiger Vergleich kann nicht aussagekräftig sein. Wenn Sie ihn gleichwohl anstellen wollen, werden Sie zu dem Ergebnis kommen, dass unter Berücksichtigung der genannten Veränderungen das Personalsoll der Staatskanzlei seit 1990 um 44 Planstellen und Stellen gewachsen sein müsste. Tatsächlich ist es mit 423 Planstellen und Stellen trotz den genannten Aufgabenzuwächsen und den daraus folgenden Umsetzungen nur um 7 Planstellen und Stellen höher als vor zehn Jahren.

Grund dafür ist der Abbau von Personal etwa im Rahmen von pauschal zu erbringenden kw-Vermerken und insbesondere in Folge von Organisationsuntersuchungen.

So ist beispielsweise der Fahrdienst der Landesregierung im Rahmen einer Organisationsuntersuchung im Jahre 1996 überprüft

worden mit dem Ergebnis, dass insgesamt 15 Stellen abgebaut worden sind.

Vor rd. zwei Jahren ist, wie Sie sicher wissen, die Staatskanzlei hinsichtlich Aufgabenerledigung und Personalausstattung untersucht worden. Die Untersuchung ist durch Kabinettsentscheidung vom 11. April 2000 abgeschlossen worden. Dabei wurde ein Einsparpotential von 30 Stellen festgelegt, von denen acht Stellen unter Vorbehalt stehen. Dieser Vorbehalt ist begründet in der noch offene Frage der Möglichkeit der Erstellung einer elektronischen Presseschau und eines darauf gerichteten Vertrages mit der Verwertungsgesellschaft Wort. Auf die verbleibenden 22 Einsparung anzurechnen waren acht seit Beginn der Untersuchung erbrachte Absetzungen infolge fünf pauschaler kw-Vermerke für das Jahr 1997 und drei kw-Vermerke als umzugsbedingte Synergieeffekte. (Infolge des Umzugs haben wir übrigens vier weitere Stellen einsparen können.) Zehn Planstellen und Stellen hat die Staatskanzlei mit sofortiger Wirkung im Nachtragshaushalt 2000 abgesetzt.

Die Staatskanzlei ist also trotz erheblicher Aufgabenzuwächse schlanker als vor zehn Jahren. Das jetzt für sie und die Landesvertretungen beim Bund und bei der Europäischen Union veranschlagte Personalsoll von 423 Planstellen und Stellen (abzüglich der noch in den Jahren 2001 bis 2003 zu erbringender kw-Vermerke) ist nach den Ergebnissen der Organisationsuntersuchungen zur Erledigung der zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten gehörenden Aufgaben zwingend notwendig.

Mit freundlichen Grüßen



Georg Wilhelm Adamowitsch

Anlage: 1 Übersicht

Übersicht über Veränderungen  
der zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten  
gehörenden Aufgaben und daraus folgende Umsetzungen von  
Planstellen und Stellen

	übergegangenes Aufgabengebiet	
Personalsoll 1990		429
Umsetzung 1995	Medien, Neue Medien u. Medienwirtschaft	- 9
	Landeszentrale für politische Bildung	- 40
	LV Brüssel und Europapolitik	- 18
Umsetzung 1998	Post und Telekommunikation, u.a.	+ 15
	Bundes- und Europaangelegenheiten	+ 63
Umsetzung 2000	Kirchen, jüdische Kultusgemeinden, u.a.	+ 2
	Raumordnung und Landesplanung	+ 26
	Eine-Welt-Politik	- 3
sonstige Umsetzungen	u.a. Hausverwaltung Landeshaus	+ 8
Summe Umsetzungen		+ 44
fiktives Personalsoll 2000		460
Real: Personalsoll 2000		423 <sup>1</sup>
kw-Vermerke 2001 - 2003		12

<sup>1</sup> Nachtragshaushalt 2000.